Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Anzeigenmittlerstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 210. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, 7. September 1928

Eine harte Nuß.

Der kleine mittelamerikanische Staat Kostarika hat dem Völkerbund eine harte Nuß zum Knacken aufgegeben. Kostarika hatte seinerzeit dem Völkerbund den Rücken gekehrt und macht nun seinen Wiedereintritt davon abhängig, daß der Völkerbund erst vorher seine Stellung zur Monroedoktrin klärt. Der Völkerbundrat hat sich zunächst mit der Angelegenheit befaßt. Nach Art des delphischen Orakels ist schließlich der Text eines Beschlusses zustande gekommen, aus dem man alles oder nichts herauslesen kann. Es scheint so, als ob der Völkerbund sich selbst jetzt nicht mit dieser Sache weiter beschäftigen wird, da auch Kostarika anscheinend mit der vom Rat getroffenen Zwischenlösung zufrieden ist. Es kann aus diesem Bescheid herauslesen, daß die Monroedoktrin keine Bindung für ein anderes Land als die Vereinigten Staaten, die die Urheber dieser Doktrin sind, hat.

Die Frage der Monroedoktrin hat nicht nur jetzt, sondern schon immer eine große Rolle gespielt. Die Vereinigten Staaten haben verschiedentlich versucht, ihr eine allgemeine Geltung zu verschaffen. So haben die letzten panamerikanischen Kongresse, besonders der in Havanna, sich lang und breit mit ihr beschäftigt. Als die mittel- und besonders die südamerikanischen Staaten noch schwach waren, da ließen sie sich stillschweigend den Schutz der Vereinigten Staaten gefallen. Als sie aber immer mehr erstarkten und die Vereinigten Staaten immer unverhüllter die Absicht zutage treten ließen, auf Grund der Monroedoktrien für sich die Vormachtstellung in ganz Amerika zu schaffen, da wuchs natürlich der Widerstand gegen die nordamerikanischen Aspirationen.

Nach den Grundsätzen der Monroedoktrin hat in amerikanische Verhältnisse kein fremder Staat hineinzureden. Die Vereinigten Staaten haben bisher eifersüchtig darüber gewacht, daß von europäischer Seite kein Eingriff in einem amerikanischen Land erfolgte. Als Deutschland seinerzeit ein Kriegsschiff nach Karakas schicken mußte, um dort die deutschen Interessen wahrzunehmen, da hat es erst langer Verhandlungen mit Washington bedurft. Ähnlich war es bei Zwischenfällen mit Haiti. Logischerweise schloß die Monroedoktrin aber auch in sich, daß die Vereinigten Staaten sich nicht in die Angelegenheiten nichtamerikanischer Staaten einmischen durften. Diese Folgerung haben selbst amerikanische Blätter gezogen. Der Grund, weshalb die Vereinigten Staaten nicht dem Völkerbund beitraten, war ja hauptsächlich der, weil große Schichten des amerikanischen Volkes befürchteten, daß ihr Land dann in die europäischen Verwicklungen einbezogen werden konnte.

Leider muß aber festgestellt werden, daß die konsequente Durchführung des Gedanken der Monroedoktrin von den Vereinigten Staaten nur dann befolgt wurde, wenn es in ihrem Interesse lag. So hätten sie seinerzeit nach dem Kriege mit Spanien, den man zur Verschleierung der wirklichen Tatsachen einen Kampf um die Freiheit Kubas nannte, darauf verzichten müssen, die Philippinen zu annektieren. Angeblich wollte man diese Inseln nur solange behalten, bis den Eingeborenen die Freiheit gegeben werden könnte. Aber alle Bestrebungen der Philippinen, möglich schnell die Unabhängigkeit wiederzuerlangen, wurden schleunigst, vielfach sogar mit Gewalt, unterdrückt. Als einen anderen groben Verstoß gegen die Monroedoktrin kann man letzten Endes auch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg bezeichnen.

Wilson ist der Vater des Völkerbundgedankens, wenigstens wirkte er in Versailles dahin, daß der Völkerbund ein integrierender Bestandteil der Friedensverträge wurde. Die Ironie des Schicksals wollte es nun, daß gerade das Land schließlich dem Völkerbunde fernblieb, dessen Oberhaupt diese Institution empfohlen hat. Die Vereinigten Staaten halten sich nur scheinbar von europäischen Verhältnissen fern. Denn trotz der Monroedoktrin sind sie hundertfach mit der Weltpolitik verflochten. In Wirklichkeit haben sie die Grundsätze der Monroedoktrin schon längst aufgegeben und holen sie nur da hervor, wo sie einer unbequemen Entscheidung aus dem Wege gehen wollen. Wie sehr die Vereinigten Staaten doch mit allen Staaten verknüpft sind, zeigt schon die Frage der interalliierten Schulden. Ob Amerika will oder nicht, es muß hier doch einmal einer allgemeinen Regelung zustimmen. Sind doch diese Schulden größtenteils durch einen Verstoß gegen die Monroedoktrin entstanden.

Reichswehrmanöver in Ostpreußen.

Gefecht bei Wensöwen.

Der zweite Teil der ostpreußischen Manöver begann am Donnerstag früh unter der Leitung des Divisionskommandeurs Generalleutnants Freiherrn von Esebeck. Die roten Truppen wurden von Oberst Wachenfeld, Kommandeur des ersten Artillerieregiments, befehligt, dem die erste Kavalleriebrigade beigegeben war. Die blauen Truppen wurden von dem Kommandeur des Infanterieregiments 1, Oberst Fischer, geführt. Bei den roten Truppen hatte das verstärkte Infanterieregiment 3 den Auftrag, am 6. September, vormittags, von Olschowin-Dullen zunächst östlich von der Rotebuder Forst vorgehend, die Gegend von Wensöwen zu erreichen. Sie wurden hierbei von der ersten Kavalleriebrigade unterstützt. Die blauen Truppen, die sich bei Darkehmen gesammelt haben, hatten eine verstärkte Brigade bis in die Gegend von Nagahlen vorgeschoben. Diese sollte zur Unterstützung der in der Gegend Greisen-Salleschen liegenden blauen Truppen in der Nacht über Marzinowen—Goldbien vorgehen. Es ist anzunehmen, daß die blauen Truppen in der Höhe von Wensöwen mit den roten Truppen ins Gefecht kommen. An den Übungen nehmen der Chef der Heeresleitung, General Heye, der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I, General der Infanterie Tschischwitz, und die Inspekteure der Kavallerie-, Artillerie- und der Nachrichtenabteilung teil.

Gemeinden und Verwaltungsreform

Tagung des Reichsstädtebundes.

Eine Entschließung zur Frage der Selbstverwaltung.

Der Reichsstädtebund, die Spitzenorganisation der deutschen Klein- und Mittelstädte, trat in Heidelberg zu seiner Jahrestagung, zu der mehr als 2000 Delegierte und Gäste erschienen sind, zusammen. Eine Reihe wichtiger kommunaler Probleme, wie die Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform, der Steuervereinheitlichung und des Finanzausgleichs, steht zur Erörterung.

Als Auftakt zur Plenarversammlung tagte Mittwoch der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes, der sich mit allgemeinen Fragen der Verwaltungsreform befaßte. Der geschäftsführende Vorstand legte am Grabe des Reichspräsidenten Ebert einen Kranz nieder. Am Donnerstag vormittag begann dann unter der Teilnahme von

rund 1500 Städtevertretungen

die Mitgliedervollversammlung, die vom Bundespräsidenten, Oberbürgermeister Dr. Belian, eröffnet wurde. Er erklärte, daß die Heidelberger Versammlung zum Notschrei an alle Volksgenossen werden müsse: alle sollten wissen, daß die kleinen und mittleren Städte weiterleben und arbeiten wollen in ihren Selbstverwaltungen, für ihre Bürgerschaften und für die große deutsche Volksgemeinschaft. Dr. Belian forderte dann einen gerechten Finanzausgleich, der auch den Wünschen der kleinen und mittleren Städte gerecht werde. An den Reichspräsidenten und an den Reichskanzler sandte die Versammlung ehrerbietige Grüße. Der Vorsitzende teilte dann mit, daß die zu der Tagung geladenen Minister ihre Teilnahme abgesagt hätten. Reichsinnenminister Severing habe mitgeteilt, daß er als zuständiger Minister über seine Verwaltungsreformpläne vor dem Zusammentreten der Länderkonferenz nicht sprechen könne. Darauf ergriff

Reichsminister a. D. Dr. Külz

als Berichterstatter das Wort zu dem Verhandlungsthema „Die Ziele der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden". Er führte aus, daß im neuen Deutschen Reich kein Raum mehr sei für Länder, deren Eigenstaatlichkeit nur beruhe auf dynastischer Tradition und nicht auf staatlicher Lebenskraft. Den Selbstverwaltungskörpern sei in dem Gesamtorganismus des deutschen Volkes wieder der richtige Platz anzuweisen. Großstädte, Mittel- und Kleinstädte und Ländergemeinden erfüllten innerhalb des Gesamtorganismus des deutschen Gemeinschaftslebens Aufgaben, zwar von verschiedener Art, aber doch von gleich wesentlichem Wert, deswegen vertrage das Gesamtwohl keine einseitige Bevorzugung einer dieser Gattungen. Am Ende aller Tätigkeit auf dem Gebiete der Reichsreform und der Verfassungsreform müsse das Bestreben stehen: alle Arbeit muß erfüllt sein von dem Bestreben, die nationale Einheit und Geschlossenheit zu festigen und die Verantwortlichkeit des einzelnen Volksgenossen in Reich, Ländern, Bezirken und Gemeinden zu stärken.

Als Mitberichterstatter sprach Oberbürgermeister Renner-Rastatt. Er betonte, daß Verfassungs- und Verwaltungsreform zwar sachlich eng verbunden seien, jedoch nicht begrifflich, so daß die Durchführung der Verwaltungsreform auch ohne gleichzeitige Durchführung der Verfassungsreform möglich sei. Zur Frage der Verwaltungsreform liegt

eine Entschließung des Vorstandes

vor, in der u. a. erklärt wird, daß sich die Bevölkerung der kleinen und mittleren Städte stets als ein gewichtiger Teil der deutschen Volkskraft erwiesen habe. Als Kulturmittelpunkt für ihre nähere Umgebung und als Träger des Heimatgefühls für die engere Heimat bildeten die kleinen und mittleren Städte ein unentbehrliches Bindeglied zwischen dem platten Lande und den Großstädten. Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit sei aber, daß man ihnen die Arbeitsmöglichkeit nicht einschränke oder gar entziehe. Die zwangsweise Beseitigung lebensfähiger kleiner und mittlerer Städte durch übertriebene Großstadtbildung müsse abgelehnt werden, ebenso die Einengung von Selbstverwaltungsrechten.

Die Räumungsfrage in Genf.

Eine gemeinsame Aussprache.

Wie man vermutet, werden die durch das Vorgehen des Reichskanzlers eingeleiteten Besprechungen über die Rheinlandräumung in der Weise fortgesetzt werden, daß zunächst eine Fühlungnahme zwischen den Vertretern der Besatzungsmächte, Briand, Lord Cushendun, Scialoja und Hymans stattfindet. Dann würde die deutsche Delegation zu einer gemeinsamen Aussprache mit den vier Ministern der Besatzungsmächte eingeladen. Diese Konferenz wäre aber kaum vor Ende der Woche zu erwarten. Die in einem Blatte, das der französischen Delegation nahe stehen soll, behauptete Möglichkeit, Deutschland werde nunmehr eine Note über seinen Standpunkt mit bestimmten Vorschlägen überreichen, wird von deutscher Seite entschieden bestritten. Sie komme nicht in Frage, da es sich um einen reinen Rechtsanspruch Deutschlands handele, für den alle Voraussetzungen erfüllt seien.

Norwegens Unzufriedenheit.

In der öffentlichen Donnerstagsitzung der Völkerbundversammlung sprach in einer längeren Rede der norwegische Ministerpräsident Mowinckel seine lebhafte Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Rates aus. Er geißelte den Mangel an Unparteilichkeit und verlangte an Stelle der vielen provisorischen Lösungen mehr definitive Arbeit. Auch bei den Beamten des Völkerbundrates dürfen sich keinerlei nationale noch private Interessen vordrängen. Mowinckel erhob die schärfsten Anklagen gegen die militärischen Tendenzen.

In der Atmosphäre der Flugzeuge, Unterseeboote und der modernen Kriegsmittel könne der Friede nicht gedeihen. Jeden Augenblick drohe die Gefahr, daß die Vernichtungsmittel verheerend über die Menschheit hereinbrechen könnten. Mowinckel forderte, daß man sich überall in der Welt zu dem Grundsatz bekenne, der auf der Goldfüllfeder stehe, die man Kellogg in Frankreich verehrt habe: Wollt Ihr den Frieden, bereitet den Frieden vor.

Der belgische Außenminister Hymans war mehr optimistischer Meinung als sein Vorredner und wies auf die Fortschritte hin, die bisher schon erzielt worden seien. Nachmittags trat der Völkerbundrat zu Beratungen über den Stand des polnisch-litauischen Konflikts zusammen. Die nächste Sitzung beginnt Freitag.

Hotel Metropol,
der Wohnsitz der Deutschen in Genf.

Der Besuch Briands beim Reichskanzler verschoben.

Vor der Rede Müllers in der Vollversammlung.

Genf, 6. September. Reichskanzler Müller stattete im Laufe des Donnerstag abend dem Bundeskanzler Seipel einen Besuch ab. Der für Donnerstag vorgesehene Besuch Briands beim Reichskanzler konnte infolge der unerwartet lang ausgedehnten Sitzung des Rates nicht stattfinden, soll jedoch am Freitag erfolgen. Es steht fest, daß der Reichskanzler im Laufe des Freitags in der Generaldebatte der Vollversammlung das Wort zu einer längeren Rede ergreifen wird, in der die Stellung Deutschlands zu den verschiedenen im Rahmen des Völkerbundes behandelten Probleme, insbesondere Abrüstungsfragen und Minderheitenfrage dargelegt wird. Auf der Tagesordnung der Freitagsitzung steht als Hauptpunkt der Antrag Frankreichs, Englands und Deutschlands auf Anwendung des Wahlverfahrens für die Wiederwählbarkeit. Die Neuwahlen für den Rat finden am Montag statt.

Im Laufe des Tages hat eine Aussprache zwischen Briand und Lord Cushendun stattgefunden. Wie man annehmen kann, ist hierbei die gestrige Aussprache Müllers mit Briand erörtert worden. Die Zusammenkunft der Vertreter der Besatzungsmächte mit Reichskanzler Müller wird für Ende dieser Woche erwartet. In unterrichteten Kreisen stärkt sich die Auffassung, daß die kom-